

Der Souverän in Lappersdorf

Wer schafft an in Lappersdorf?

Wer ist der Souverän in Lappersdorf? Das (Wahl-)Volk natürlich. Und der Marktrat repräsentiert es in seinen Entscheidungen. So über Bauprojekte, über Verkehrsplanungen, für eine gute Wohn- und Lebensqualität.

Praktischerweise nimmt der Erste Bürgermeister mit seiner effizienten und harmonischen Verwaltung den Markträten von Anfang an viel Arbeit ab. Die Verhandlungen mit einem privaten Schulträger um die Nutzung der Lappersdorfer Hauptschule wurden beispielsweise solange von der Verwaltung geführt, bis diese dem Marktrat das Ergebnis mitteilen konnte, das er bitteschön zum Wohle des Schulstandortes Lappersdorf nicht auch noch ablehnen sollte. Auch die Entscheidung für das Karether Kletterhaus des Deutschen Alpenvereins musste erst im Marktrat getroffen werden, bevor er und die Öffentlichkeit umfassend über den Umfang und mögliche Problembereiche informiert wurden.

Gefährlich lange lief das „Heimspiel der Behörden“ um die Verkehrsplanung des Lappersdorfer Kreisels und der Regensburger Straße. Der Erste Bürgermeister hat seine Fehlpässe inzwischen eingestellt. Die Verkehrsbelastung wäre kein „Null-Summen-Spiel“ geworden und er war weder „auf Ballhöhe“ noch in der richtigen Mannschaft. Respekt verdient sein Wechsel in die Mannschaft „Lappersdorfer Marktrat“. Die hat zudem einen exzellenten Lappersdorfer Fachmann als Berater. So wird dieses Spiel für alle Lappersdorfer ein Gewinn.



Es sollte auch ein Anlass sein, **das politische Spielsystem in Lappersdorf umzustellen** von der lieb gemeinten patriarchalischen Fürsorgepolitik mit der Verwaltung als Herrschaftsinstrument zum offenen demokratischen System. Wie wär's mit einem Slogan im Lappersdorfer Logo? Vielleicht **„Die Entscheidung dem Rat, der Verwaltung die Tat“** oder: **„Informieren statt probieren“**, oder auch **„Erst informieren, dann entscheiden“** würde passen.

Wahrscheinlich würde im neuen Spielsystem dann mehr gestritten, manche Entscheidungen werden auch länger dauern und in Lappersdorf wär's vielleicht nicht immer nur harmonisch – aber dafür wär' der Lappersdorfer auch sein eigener Souverän. Schließlich will hier niemand in einer politischen Zeitreise zurück in vor-demokratische Zustände.

Oder?

SPD LAPPERSDORFER MARKT-ECHO

INFORMATIONEN & MEINUNGEN DER SPD-ORTSVEREINE
LAPPERSDORF - HAINSACKER - KARETH

Regenbrücke und Kreisel: Halbherzig vorgearbeitet!

Der Bau der Sallermer Regenbrücke und der Umbau des Lappersdorfer Kreisels sind für unsere Gemeinde von größter Wichtigkeit. Von Anfang an forderte die SPD große Wachsamkeit. Denn die ersten Pläne dienten nur den Interessen der Stadt Regensburg und dem überörtlichen Verkehrsfluss. Die Zeche hätten die Lappersdorfer zahlen müssen, vor allem jene, die in der Regensburger Straße wohnen, wo schon bisher der Verkehrsstau zum Alltag gehört. Doch auch andere wären betroffen gewesen, z. B. durch die Feinstaubbelastung. Müssen wir die Qualität in einem Lappersdorfer Wohngebiet durch unnötigen Verkehr verschlechtern? Wir meinen nein! Zuständig für den Anschluss der Straße R18 an die Regenbrücke und für den Lappersdorfer Knoten (R18/ Querspange/ Kreisel) ist der Landkreis. So hatten SPD-Kreisrätin Barbara Rappl, engagierte Bürger und SPD-Mitglieder, allen voran Albert Lehrer und Elisabeth Karl, bereits im Oktober auf die Planungsmängel hingewiesen. Auf Antrag der SPD forderte dann der Kreistag im März einstimmig, die Planer müssten Alternativen für den westlichen Kreisel aufzeigen mit dem

Ziel, die Regensburger Straße zu entlasten und zu prüfen, ob die Umgehungsstraße auf den Kreisel geführt werden kann. Der Lappersdorfer Knoten (bei Farben Bauer) sei in die Planfeststellung einzubeziehen, wurde gefordert.

Ferner wandte sich die Lappersdorfer SPD auf Anregung von Rappl und Karl an den Landtag. MdL Joachim Wahnschaffe (SPD) forderte in einem Brief an Innenminister Beckstein, die Planung für den Kreisel im Sinne des Keistagsbeschlusses zu verbessern. Schließlich gehe es um ein 55-Millionen-Projekt.

Im April hat dann auch der Marktrat auf Anregung der SPD Einwendungen gegen die Planungen erhoben. Ein Planungsbüro wurde beauftragt. Der Verkehrsplanungsexperte Johann Lehrer hat ehrenamtlich auch mehrere Alternativen und Varianten erarbeitet. Jetzt ist auch der Landkreis mit dabei und will Lappersdorf unterstützen. Er hat als einer der Planungsträger sehr spät, hoffentlich nicht zu spät erkannt, dass die Planungen der Behörden im Interesse der Lappersdorfer halbherzig vorgearbeitet haben.

Bürgermeister macht Markträte zu Marionetten

Aus der Zeitung haben die Lappersdorfer Markträte kürzlich entnommen, wie die Gemeinde im September 10 Jahre Markterhebung feiern wird. Da gibt es eine Fotoausstellung, Brakedance im Jugendtreff, einen bayerischen Abend mit Hochzeitsladern und Gstanzlsängern, einen ökumenischen Gottesdienst.

Das Programm ist auf dem Schreibtisch des Bürgermeisters entstanden, die Markträte hatten keine Gelegenheit, ihre Ideen einzubringen. Sie dürfen beim Fest Beifall

klatschen. In den Augen des Bürgermeisters ist das wohl ausreichend.

Mit derlei Machenschaften macht der Bürgermeister den Marktrat zu einer Marionette, die sich so bewegen muss, wie es der hohe Herr will.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Marktrat durch den Bürgermeister vor vollendete Tatsachen gestellt wird. So hatte der Rat einst im Nachhinein erfahren, dass sich Lappersdorf für den Nordgautag beworben hat (und dann leer ausging),

BAYERN:

CSU hat die Fortentwicklung der Hauptschule verschlafen!

Die CSU hat endlich die Hauptschule entdeckt. Bei jeder Gelegenheit loben die CSU-Abgeordneten diese Schulform, und der Landrat will alles tun, um die Hauptschule auf dem Lande zu retten.

Diese Diskussion muss auch die Lappersdorfer interessieren, und zwar alle. Der SPD ist zwar bekannt, dass manche Bürger oder auch Eltern sich um die Existenz dieser Schulform wenig oder überhaupt keine Gedanken machen, weil sie ihr Kind auf eine andere Schule, die Realschule oder das Gymnasium schicken wollen.

Wenn Eltern – oder gar Elternbeiräte – nach diesem Grundsatz handeln, handeln sie egoistisch und: im Interesse der anderen unverantwortlich. Doch diesen Egoismus gibt es nicht nur im Schulbereich.

Die Misere um die Hauptschule ist entstanden, als Strauß-Tochter Monika Hohlemer als Kultusministerin die 6-jährige Realschule flächendeckend einführt und die gesamte CSU im Lande dazu schwieg.

Die Hauptschule ist zur Restschule geworden. Und jetzt hat niemand in der CSU den Mut, diesen Fehler öffentlich einzugehen. Statt dessen betreibt man Flickschusterei, nur weil im nächsten Jahr zwei Wahlen vor der Tür stehen.

Der Kultusminister hat jüngst der Hauptschule ein neues „Kleid“ verpasst. Und wenn Lappersdorf auch in der Zukunft seine Hauptschule halten will, muss alles getan werden, um genügend Kinder zu haben, z. B. die Kinder aus Pettendorf oder Zeitlarn.

Auch wenn es die CSU nicht glaubt: Harte SPD-Kritik hat sich gelohnt!

Durch die Lappersdorfer Gemeindepolitik zieht sich ein deutlich sichtbarer „schwarzer“ Faden: Bürgermeister Erich Dollinger und seine Helfer möchten alle Erfolge und Ergebnisse als CSU-Erfolge verkaufen. Die Politik Andersdenkender wird zur gleichen Zeit kleingeschwiegen, kritisiert, ja niedergemacht. Koste es, was es wolle.

Doch gerade die Lappersdorfer SPD (Hainsacker und Kareth eingeschlossen) kann auf ihre Erfolge stolz sein, auch wenn man im Marktrat nicht die Mehrheit stellt. So mancher Schaden konnte aufgrund der kritischen Haltung der SPD abgefangen werden, und so manchen SPD-Vorschlag musste die CSU-Mehrheit mit ihrem Bürgermeister dann doch verwirklichen:

Beispiel 1: Ohne die Hartnäckigkeit der SPD gäbe es nicht (oder vielleicht erst sehr spät) einen Sozialpädagogen (Rudi Reichenberger), der sich um Krabbelstube, Kinderhort, Jugendtreff, Ferienprogramm usw. kümmert. Außerdem gilt der hauptamtliche Jugendpfleger als kompetenter Ansprechpartner für Schulen, Institutionen und Vereine. Schon vor 12 Jahren hatte die SPD die Einstellung eines Jugendpflegers gefordert. Jahrelang wehrte sich die CSU dagegen. „Man würde damit die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen schädigen“, war ein CSU-Argument. Oder ein anderes Argument: „Die Eltern dürfen sich nicht aus der Verantwortung für ihren Nachwuchs stehlen“ und: „... die Schaffung dieser Stelle würde den Haushalt übermäßig belasten.“

Beispiel 2: Der Lappersdorfer Kreisel. Die ursprünglichen Planungen müssen jetzt neu durchdacht werden; Alternativen sind notwendig. In einer Hartnäckigkeit sondergleichen gegenüber der Lappersdorfer Gemeindeführung, gegenüber dem Landratsamt sowie in einer Petition an den Landtag hat dies die SPD in den letzten Monaten gefordert. Was machte die CSU? Die Forderungen der SPD wurden anfangs als überzogen dargestellt, ja sogar lächerlich gemacht.

Jetzt werden die Alternativen durchgerechnet. Und soviel zeichnet sich heute schon ab: Es hat sich gelohnt. Die Lappersdorfer werden zufriedener sein.

Beispiel 3: Die Unterbringung einer privaten Schule in der Lappersdorfer Schule. Nur zögerlich hat der Bürgermeister die Absichten der Schulbetreiber bekannt gegeben. Viele Nachfragen waren notwendig, und eindringlich hat die SPD vor den Folgen für die Gemeinde und die Kinder gewarnt. Die Härte der SPD lohnte sich: Die Schulpläne für Lappersdorf wurden verworfen, und wir dürfen dies erleichtert zur Kenntnis nehmen, denn der Ausbau unserer Schule zu einer Ganztagschule ist jetzt möglich – zum Wohle unserer Kinder.

Derartige SPD-Erfolge werden Bürgermeister und CSU nicht anerkennen wollen und sie in den nächsten Wochen auf christsoziale Art kritisieren. Wir freuen uns auf diese Auseinandersetzung – und können weitere Beispiele nachreichen.

Die Demokratie lebt vom Widerspruch. Wann wird die Union dies anerkennen?

Genügend Geld – aber Steuern erhöht!

Die Lappersdorfer können sich freuen. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 3,80 Euro. Warum, so fragt man sich, wird die Verschuldung pro Kopf errechnet. Die Hände geben das Geld aus oder nehmen es in Empfang. Also sind die Lappersdorfer mit 1,90 Euro pro Hand verschuldet. Das verdoppelt den Ruhm des Bürgermeisters!

Doch Spaß beiseite! Die SPD in Lappersdorf fragt sich, warum in den letzten Jahren trotz der niedrigen Schuldenlast die Gemeinde zweimal die Grund- und Gewerbesteuern erhöht hat. Und warum man – übrigens nur aus finanziellen Gründen – die Abfuhr von Gartenholz eingestellt hat. Gerade älteren Leuten oder Bürgern ohne Auto(anhänger) hätte diese Abfuhr einen guten Dienst erwiesen. Den Argumenten der SPD war die Lappersdorfer CSU und ihr Bürgermeister nicht zugänglich.

Unsere Empfehlung: Nochmals die Steuern anheben, dann sind wir garantiert schuldenfrei.

Schwerbehinderte vergessen!

Der VdK hat festgestellt, dass der Freistaat Bayern die gesetzliche Pflichtquote von fünf Prozent für die Beschäftigung Schwerbehinderter immer noch nicht erfüllt. Das Finanzministerium räumt ein, dass es hier noch Nachholbedarf gebe.

SPD beschimpft, CSU lobt sich selbst

Lange haben der Landkreis und der Markt Lappersdorf die Planungen für den Umbau des Kreisels zu blauäugig akzeptiert. In ihrer Euphorie über den Bau der Sallerner Regenbrücke beschimpften CSU-Räte die SPD öffentlich als „Verhinderer und Blockierer“ der Regenbrücke. Auch Bürgermeister Dollinger glaubte, dass die SPD nicht auf „Ballhöhe sei, wie sonst könne sie die Einschaltung von neutralen Planern fordern“. Der Bürgermeister ermahnte die Kritiker, doch den Planern der staatlichen Behörden mehr Vertrauen zu schenken. In diesem Vertrauen wurde viel Zeit vertan. Bürgermeister Dollinger hat seine Meinung längst geändert. Die Lappersdorfer CSU ist verstummt. Der Markt Lappersdorf hat ein unabhängiges Planungsbüro eingeschaltet. Auch Landrat Mirbeth denkt jetzt laut darüber nach, ob es nicht besser gewesen wäre, diese unvollständige Planung zu stoppen. Gleichzeitig tun aber die Genannten so, als hätten sie das Rad erfunden, wenn sie z. B. vorschlagen, die Umgehungsstraße von Lappersdorf auf den Kreisel zu führen. Das hat Professor Kurzak bereits vor elf Jahren angedacht, aber der Landkreis hat monatelang behauptet, dass solche Überlegungen wegen Platzmangel nicht realistisch seien. Zweifellos eine Fehleinschätzung. Das Staatliche Bauamt hat jetzt damit begonnen, den westlichen Kreisel neu zu überplanen und so die negativen Auswirkungen zu heilen. Die SPD ist zuversichtlich geworden, dass die Planer den Notwendigkeiten gerecht werden.

Stefan Königsberger wird Bürgermeisterkandidat der SPD

Bei einer Vorstandssitzung der SPD-Ortsvereine Lappersdorf, Hainsacker und Kareth wurde Stefan Königsberger einstimmig als Bürgermeisterkandidat vorgeschlagen. Die offizielle Aufstellung erfolgt im September. Der 43-jährige Schachtmeister, IG-Bau-Kreisvorsitzende und ehrenamtlicher Arbeitsrichter ist der Wunschkandidat von Barbara Rappl, die als erfahrene Fraktionsvorsitzende und Kreisrätin die Arbeit des Wahlkampfteams koordinieren soll. Die SPD-Vorsitzenden aus Kareth und Lappersdorf, Josef Schmidmeister und Harry Huber, sprachen sich ebenfalls für Stefan Königsberger als Kandidaten aus, der als Gesamtbetriebsrat beim Baukonzern Strabag täglich in der Verantwortung steht.

Aufschwung ist Schröders Erfolg

Eine Berliner Zeitung wertet den derzeitigen Aufschwung als Erfolg der früheren Bundesregierung; sie schreibt: „Deutschland, eben noch der kranke Mann des Kontinents, ist auf einmal die Wachstumslokomotive Europas. Fest steht, dass dieser Aufschwung viele Väter und Mütter hat - die aktuelle Regierung gehört aber sicher nicht dazu. Dass die Wirtschaftskraft 2007 und 2008 um fast zweieinhalb Prozent zulegen wird, liegt an den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder.“

Die „Mehlprimeln“ kommen

Die SPD-Ortsvereine Hainsacker, Lappersdorf und Kareth laden für Donnerstag, den 18. Oktober, in den Landgasthof Pröbl in Hainsacker zu einer Kabarettveranstaltung ein. Die „Schwäbischen Geschwister der Biermösl-Blosn“ bieten hintersinniges, erfrischend freches Musikkabarett. Beginn: 20 Uhr, Eintritt: 12 Euro. Ermäßigte Karten für Schüler, Studenten, Arbeitslose, Schwerbehinderte: 8 Euro.

Lappersdorfer CSU-Gstanzl

Bürgermeister Dollinger freut sich über bayerische Gstanzl. So hat er für das 10-jährige Lappersdorfer Markterhebungsfest ein Gstanzlsängertreffen organisiert. Vielleicht wird er auch einige Texte zum Besten geben. Die SPD schlägt ihm dafür folgende Zeilen vor:

*Wenn Lappersdorf feiert,
mei Herz dann laut lacht,
wenn 's Wetter recht schön is,
hat's d' CSU g'macht.*

*Und sollt es mal regnen,
dös G'schäft net g'scheit geh,
schuld is dann da Teifl
und vor allm d' SPD.*

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Lappersdorf, Hainsacker, Kareth
Verantwortlich: Barbara Rappl, Kaulhausen 46, 93138 Lappersdorf
Mitarbeiter: Harry Huber, Elisabeth Karl, Stefan Königsberger, Albert Lehrer, Josef Schmidmeister und Otto Wöhr

Sozial und christlich? CSU gegen Mindestlohn!

Die Bayerische Verfassung fordert im Artikel 168: „Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt.“

Diesen verfassungsmäßigen Auftrag will die CSU nicht anerkennen; sie ist strikt gegen die Einführung von Mindestlöhnen.

Der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck kämpft für die soziale Gerechtigkeit: „Gute Arbeit ermöglicht vollwertige Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung. Armut trotz Arbeit ist keine Lösung. Deshalb fordern wir Mindestlöhne in Deutschland.“

Stefan Königsberger, SPD-Ortsvorsitzender in Hainsacker, kennt als IG-Bau-Kreisvorsitzender die Sachlage: „Deutschland braucht einen einheitlichen Mindestlohn für die Branchen, für die es keine tarifliche Lösungen gibt.“

Und was sagt die CSU zu diesen Forderungen? Markus Söder, CSU-Generalsekretär und „Maustoutschmatzer“ seiner Partei, stellte fest: „Wir lehnen gesetzliche Mindestlöhne in jeder Form ab. Das ist für uns sozialistischer Unsinn.“

So einfach macht es sich die CSU. Da muss man sich ernsthaft fragen, ob diese Partei zum christlichen und sozialen Handeln noch fähig ist. Wir meinen: „Nein.“

Der kleine Bürger kann angesichts dieser Vorgänge nur schweigen oder die Bayernhymne auf seine Art singen: „Gott mit dir, du Land der Heuchler...“

Kletterhaus des Alpenvereins: zu wenig Information!

Der Deutsche Alpenverein, Sektion Regensburg, wird in Kareth ein elf Meter hohes Kletterhaus bauen. Anfang Mai wurde das Projekt mit Hilfe einer Computer-Simulation der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei wurde auf der Leinwand gezeigt, wie hier einmal gearbeitet und geklettert wird. Eine Lappersdorferin brachte dabei die Problematik auf den Punkt: „Diese Informationsveranstaltung hätte am Beginn der Entscheidungsfindung stehen müssen, und nicht am Ende, wenn alles entschieden ist.“

Was war geschehen: In der Februar-Sitzung hatte der Marktrat der Verwaltungsvorlage zugestimmt, auf den unteren Tennisplätzen des TSV Kareth-Lappersdorf das Kletterhaus zu errichten. Grundlage dieser Entscheidung war die Aussage des Bürgermeisters, wonach der TSV und die Tennisabteilung bereit wären, auf vier Tennisplätze zu verzichten, wenn die Gemeinde die zwei Hartplätze in Sandplätze umbauen würde, Kosten für die Gemeinde: 30.000 Euro. Der Markt verpflichtete sich ferner, Parkplätze „in größerer Anzahl“ (so im Protokoll) zu errichten.

Diese Entscheidung des Gemeinderates und die mangelnde Informationspolitik führten in der Öffentlichkeit zu einer heftigen Kritik. Wie sich im Nachhinein herausstellte, wurde auch vergessen, die Mitglieder der Lappersdorfer Tennisabteilung rechtzeitig zu informieren.

In Lappersdorf in der Grundschule – und welche Schule dann?

Ein Lappersdorfer, 11-jährig, männlich, dessen weiterer Bildungsweg nicht über das Gymnasium laufen soll, steht einer untragbaren Situation gegenüber: In die Hauptschule will er nicht, in die überfüllte Regenstauer Realschule vielleicht auch nicht, und nach Regensburg in die über-vollen staatlichen Realschulen darf er ebenso wenig wie in die für Mädchen bestimmten kirchlichen Privatschulen.

Kommunalpolitikern, die Kindern und Eltern in dieser Situation helfen wollen, wurde und wird von hiesiger CSU-Seite immer vorgehalten, sie seien für die Bildungspolitik nicht zuständig. Folglich wollen sie sich da auch raushalten, weil sie eh nichts ändern könnten und letztendlich das Kultusministerium entscheiden werde.

Kultusminister Schneider aber erklärt das dreigliedrige System für unantastbar und ergeht sich ansonsten in unklare Andeutungen für die mögliche Rettung der Hauptschule. Stärker berufsorientiert soll sie werden, mehr Ganztagschulen soll es geben und **für die Kommunen „mehr Freiheit und Eigenverantwortung“**. **„Passgenaue Konzepte“ sollen die Kommunen für ihre Region entwickeln**, heißt es aus München.

Rückblickend kann man fragen, warum das nicht schon vor zehn Jahren so gesehen wurde. Für den Lappersdorfer Marktrat bedeutet dieses Angebot des Kultusministers, jetzt rasch handeln zu müssen, damit den Lappersdorfern Schülern in der ab 2008 reformierten Hauptschule eine attraktive Schullaufbahn mit einem mittleren Bildungsabschluss angeboten werden kann.

Ausreden und ein weiteres „Warten auf Schneider“ gelten jetzt nicht mehr. Neutraubling bekommt eine Ganztagesklasse die Tegernheimer Grundschule ebenso. Und Lappersdorf? Der Markt darf sich mit der Nachmittagsbetreuung nicht zufrieden stellen lassen. Die Hauptschule hat einen guten Ruf. Den Anschluss darf sie nicht verschlafen.

Wie es mit unserer Hauptschule weitergeht, wird allein in Lappersdorf entschieden werden. Hoffentlich bald, und dann demokratisch, öffentlich und gründlich!

Es gibt Gelder für Gebäudesanierung

2006 wurden in Deutschland rund 265.000 Wohnungen und Eigenheime saniert. Die KfW-Förderbank des Bundes hat dafür 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist nicht nur für den Klimaschutz gedacht, es ist auch ein Konjunkturmotor für kleine und mittelständische Bau- und Handwerksbetriebe. Dieses Programm, noch von der Schröder-Regierung gestartet, bietet neben zinsverbilligten Krediten und Tilgungszuschüssen auch für Eigentümer Investitionszuschüsse an. Es lohnt sich also, bei der Hausbank nachzufragen!

Weitere Informationen:
www.spd-lappersdorf.de und
www.spd-hainsacker.de